

Besitzungspreis  
mark 10.—  
in der Reichstagszeitung 2500.—  
in den Ausgaben 2600.—  
durch Zeitungsverleih 2700.—  
am Postamt 3000.—  
ins Ausland 4600 von, M. in  
deutscher Währung nach Kurs.

Heftpreis:  
2273, 3110.

Teil.-Abt.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200233 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gestalt Betriebsförderung, Arbeitserleichterung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachstellung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Erscheint  
an allen Werlagen.

Anzeigenpreis:  
f. d. Millimeterzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens ... 120.— M.  
Niederschlesien ... 360.— M.

Für Ausländer { Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M.  
aus Deutschland { Niederschlesien 360.— p. M.

in deutscher Währung nach Kurs.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

## Die Opposition der Rechten.

In einem Lüavissaz, der die Überschrift trägt „Der Wert einer konsequenten Opposition“ weist der „Kurier Poznański“ (Nr. 32) darauf hin, daß es bis jetzt in dem neuen Polen eine konsequente durchgeführte Opposition nicht geben hätte und daß erst die Parteien des aus den letzten Wahlen hervorgegangenen Rechtsblocks eine grundähnliche und konsequente Politik der Opposition begonnen hätten. Im verlaßunggebenden Sejm gab es nur eine Opposition von Fall zu Fall. Der rechte Rechtsblock stellt sich in bewußte und beabsichtigte Opposition zu der Regierung Silesia und zu den Parteien, auf die diese Regierung sich führt. Der „Kurier“ lädt fort:

„Von verschiedenen Seiten und mit verschiedenen Mitteln wird versucht, diese Opposition zu zerstören. Nachdem andere Mittel nicht zum Ziele geführt haben, wird die Methode der Überredung im Guten angewandt. Es wird gesagt, die Regierung des Generals Sikorski wäre immerhin nicht so schlecht usw. In alledem — soweit es mit gutem Willen getan wird — steht ein grundfäßlicher Irrtum, nämlich ein durchaus falsche Auffassung des Wesens einer wirklichen und konsequenten Opposition. Die Oppositionen, die wir bis jetzt hatten, waren im allgemeinen ein Mittel des Kuhhandels, der so geartet war, daß man um einen gewissen Preis bereit war, auf die Opposition zu verzichten. Jetzt handelt es sich um etwas ganzes anderes, nämlich um die endgültige Klärung der inneren Lage in Polen. Eine wirkliche Opposition lehnt eine Verantwortung für die Regierung rundweg ab und zwingt dadurch ihre Gegner, sich zusammenzuschließen und ein eigenes politisches Programm aufzustellen, für das sie dem Volke gegenüber die volle Verantwortung zu tragen haben. Das muß ein Prüfstein werden für die gerade vorhandene Mehrheit. Wenn innerhalb dieser Mehrheit grundfäßliche Gegensätze vorhanden sind, dann muß der Augenblick kommen, in dem ein Bruch eintritt, und dann muß ein Teil der bisherigen Gegner der Opposition zu dieser Opposition übergehen, und diese erlangt dann die Mehrheit. Daher ist der Vorwurf, der der Opposition gemacht wurde, weil sie sich der Abstimmung über den vorläufigen Staatsbaudhauptsentwurf entzog, durchaus ungerechtfertigt. Solange die Opposition in der Minderheit ist, hat die Mehrheit dem Staat zu bewilligen, was er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht —, sobald sie die Mehrheit erlangt, muß die Regierung der bisherigen Mehrheit stürzen, und dann hat die neue Mehrheit, das heißt die bisherige Opposition, eine neue Regierung zu bilden, der sie die nötigen Mittel bewilligen wird. Daher ist eine konsequente parlamentarische Opposition nicht ein Mittel der Anarchie, sondern geradezu ein Mittel zur Besserung der parlamentarischen Verhältnisse und zur Schaffung einer Grundlage für die Betreibung einer programmativen Politik. Zu diesem Zweck muß sie natürlich genügend stark sein und vor allen Dingen begrifflich und programmatisch geschlossen und einheitlich sein. Wird sie konsequent verfolgt, muß sie früher oder später zum Erfolge in der Mehrheit führen, sofern diese Mehrheit in ihrem Innern schwach ist und kein gemeinsames, gut ausgearbeitetes und bewährtes Programm besitzt. Wird eine solche Politik von einer einheitlichen, zielbewußten und konsequenter Opposition geführt, dann verhindert sie von vornherein die Breitmachung von innerlich schwachen Regierungen und Zukunftsmehrheiten, von Regierungen, die dann stets programmlös und nervös sind und sich im Zickzack bewegen. Wir scheuen uns nicht, zu sagen, daß in diesem Sinne eine gute Opposition die Bindung für gute Regierungen ist. Das nationale Lager hat dadurch, daß es sich zu einer wahren Opposition entschlossen hat, im gegenwärtigen Sejm eine neue Atmosphäre geschaffen, in der im Gegensatz zu der Atmosphäre, die im Verlaßunggebenden Sejm herrschte, eine neue parlamentarische Politik geboren werden muß. Außerdem trägt eine ernste Opposition, die die parlamentarische Vertretung in zwei Hälften teilt, eine Regierungsvorstellung und eine Vertretung, die gegen die Regierung ist, wirksam zur Bildung von größeren und festen parlamentarischen Vereinigungen und einheitlichen Programmen bei, in denen die allzu zahlreichen und kleinen Unterschiede untergehen. Der Block der Akt ist das erste Gebilde dieser Art, dessen Dauer man sich nur wünschen kann, und das mit Rücksicht auf den günstigen Einfluß, den sein Bestehen auf unser Parlamentsleben ausüben kann, ja sogar schon ausübt. Schon heute macht er sich in der Entwicklung des politischen Denkens in günstigem Sinne bemerkbar. Der Sieg des Prinzips einer parlamentarischen Regierung sogar in der Geisteswelt einzelner Linksgruppen ist sein Werk. Es handelt sich nur noch darum, durch Ausdauer und Konsequenz den in der Theorie bereits errungenen Sieg in der Praxis durchzuführen. Es kann sein, daß dies einmal nötig sein wird, es kann auch sein, daß ein solcher Sieg, aus bereits reifenden Prozessen im polnischen politischen Geistesleben hervorgehend, plötzlich und unerwartet kommt.“

„Qui s'excuse, s'accuse“. Wer sich entschuldigt, klägt sich selbst an. Die vielen Worte, die der „Kurier“ macht, um den „Wert einer konsequenten Opposition“ zu beweisen, sind ein Zeugnis dafür, daß dieser Wert schon sehr stark angezeigt wird. Konsequent sein, heißt nicht immer weise sein, und zweitens ist Konsequenz Eigeinst. Der „Kurier“ will seine Leute glauben machen, daß die „Konsequenz“ des Rechtsblocks im Interesse des Staates läge, während sie in Wirklichkeit einzige und allein im Interesse der von ihm vertretenen Parteipolitik liegt. Will den die Leute, die für die „konsequente Opposition“ eintreten, sich in die Geschichte Polens vertreten und aus ihr die erforderlichen Löhnen ziehen, dann müßten sie sich mit Grauen von ihrer bisherigen Politik abwenden und vereint mit den staatsverhältnissen unter Auflösung ihrer Parteiinteressen an die gemeinsame Arbeit gehen. Noch ist es Zeit, die nutzlose Opposition anzugeben. Außer solchen Insolvenz zum Nutzen des Staates kann kein Einfachster einen Vorwurf machen.

## Lärmzenen im Sejm.

In der Sonnabendssitzung des Sejm wurden vor Eintreten in die Tagesordnung eine Reihe von Interpellationen eingebrochen. Den Ausschüssen wurden folgende Gesetzesvorschläge überwiesen: Die Novelle zum Gesetz über die Organisation der Verwaltungsstatistik, das Gesetz über die Organisation des Hauptliquidationsamtes und die Novelle zum Gesetz über die Evidenz des Grundsteuerlasters.

Als das Gesetz über die Gewährung einer Anleihe von 120 Millionen für den Straßenbau in Lemberg zur Sprache kam, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem ukrainischen Abgeordneten Luckiewicz, dem Abg. Kiernik von der Piastenpartei und dem Sejm-Marschall.

Abg. Luckiewicz: Für ein Gebiet, das nicht integraler Teil des polnischen Staates ist ... (Großer Tumult.)

Abg. Kiernik: Was reden Sie für Dummköpfe, sind Sie frank?

Der Sejm-Marschall macht den Abgeordneten darauf aufmerksam, daß seine Ausdrucksweise im Widerspruch zu seinem Eide stande.

Abg. Luckiewicz: Sobald ich weiß, befindet sich Ostgalizien in einer ganz anderen staatlichen Stellung. (Tumult.) Stimmen: Das ist ein Skandal! Das ist eine Provokation!

Der Marschall verweist den Redner auf den Nicaer Vertrag und betont, daß der Abgeordnete sich auf den Boden dieses Vertrages stellen müsse, ansonsten sei er gezwungen sein würde, ihm das Wort abzunehmen. (Der Tumult dauert weiter an.)

Abg. Luckiewicz: Die im Nicaer Vertrag bezüglich der Ukraine vorrangierten Rechte sind nicht eingehalten worden. Obwohl der Vertrag gegen den Willen meines Volkes abgeschlossen worden ist, finde ich mich doch mit seinen Punkten ab.

Abg. Kiernik: Wenn Sie sich absindnen, dann reden Sie keine Dummköpfe.

Abg. Luckiewicz: Als Bürger der Republik Polen kann ich nicht die Verantwortung für Aussagen übernehmen, die für ein Gebiet bestimmt sind, das sich in ganz anderer staatlicher Stellung befindet. (Großer Tumult.) Stimmen: Fort mit ihm! Volksdeutschischer Agent! Mag er nach Wien fahren und dort reden!

Der Marschall entzieht dem Redner das Wort. Das Gesetz wird dem Verwaltungsausschuß und dem Haushaltungsausschuß überwiesen.

Abg. Liebermann spricht dann über das Gesetz vom Staatsgerichtshof. Er sagt u. a.: Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt in den Artikeln über die Verantwortlichkeit der Minister. Die Minister sind vor allen Dingen für allgemeine Gesetze verantwortlich. Dann sind sie parlamentarisch verantwortlich, d. h. sie müssen auf Verlange des Sejm zurücktreten, und konstitutionell für jede amtliche Tätigkeit für die Richtigkeit ihrer Politik. Der Entwurf für das polnische Gesetz über den Staatsgerichtshof basiert auf dem österreichischen Gesetz, da nur die österreichische Monarchie ein erschöpfendes Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister hatte. Der Minister hatte sich vor dem Staatsgerichtshof vor allem für Verlebung der Verfassung, für Verlebung jedes anderen Gesetzes und für Gefährdung und Schädigung des Staates zu verantworten, kann nur auf Grund eines Antrages, der von 100 Abgeordneten unterzeichnet ist, zur Verantwortung gezogen werden. An der Spitze des Staatsgerichtshofes steht der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes. Der Staatsgerichtshof zählt 12 Mitglieder. Acht davon wählt der Sejm und vier der Senat. Mindestens die Hälfte der Mitglieder muß juristisch gebildet sein. Der Sejm wählt außerdem drei Abgeordnete zwecks Unterstützung seiner Anklagen vor dem Gerichtshof. Als Strafen sind u. a. vorgesehen: Verlust des passiven und des aktiven Wahlrechts zu öffentlichen Körperstrafen, Herauslösung der Emeritengelder bis zur Hälfte, auch Gefängnis- und Todesstrafe. Das Gesetz sieht vor, daß die Verantwortlichkeit des Staatspräsidenten vor dem Staatsgerichtshof vor.

Der Abg. Liebermann spricht zum Schlusse die Hoffnung aus, daß das Gesetz niemals zur Anwendung kommen möge.

Justizminister Malomski schlägt einige stilistische Änderungen vor.

Abg. Lutolsawski vom Nationalen Volksverband macht einen Anfall gegen die Sozialisten und sagt dann, daß außer dem Staatsgerichtshof noch ein höheres Tribunal im Volle selbst bestände.

Abg. Lypscziewicz von der Wyzwolenie-Gruppe beantragt die Streichung der Bedingung von der juristischen Ausbildung.

Abg. Moraczewski von den Sozialisten stellt fest, daß die Verfassung nur für den Vorsitzenden juristische Ausbildung verlange, und daß die Ausdehnung auf mehrere Mitglieder nicht im Einklang mit der Verfassung stehen würde.

Abg. Lutolsawski meint, daß die Verfassung diese Frage nicht präzisiert.

Abg. Kiernik fordert, daß das Gesetz auch den Vorsitzenden der Obersten Kontrollkammer des Staates betreffen solle.

Abg. Witmer von den Christlichen Demokraten widersetzt sich dieser Verbesserung mit Rücksicht auf die Ausnahmestellung des Vorsitzenden der Obersten Kontrollkammer.

Abg. Lutolsawski erklärt sich für den Verbesserungsantrag Kiernik.

Abg. Liebermann von den Sozialisten antwortet dem Abgeordneten Lutolsawski auf seine Angriffe gegen seine Partei, daß er als Rechtherrsteller davor zurückgehalten werde, ihm jetzt schon darauf zu antworten und verzögert ihn auf einen späteren Zeitpunkt.

Bei der Abstimmung werden alle stilistischen Verbesserungsanträge angenommen. Der Antrag Lypscziewiczs wird mit 182 gegen 127 Stimmen angenommen. Das ganze Gesetz wird mit den übrigen Verbesserungsanträgen in zweiter Lesung angenommen.

Nachdem noch verschiedene Anträge, darunter ein Antrag des Abg. Wałszauskis über die Ermordung des Metropoliten Georg, den Ausschüssen überwiesen worden waren, wurde die Sitzung geschlossen. Auf der Tagesordnung der Montagsitzung des Sejm steht die dritte Lesung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof und die Aussprache über die Sejmrede des Außenministers Skrzynski.

## Der Abgeordnete Luckiewicz,

dessen Auftreten in der Sitzung am Sonnabend starles Aufsehen erregte, ist, wie ein Sondertelegramm des „Przegląd Polonowy“ meldet, aus der ukrainischen Partei ausgegeschlossen worden, da ihn die Partei zu einem solchen Auftreten, wie in der Sonnabendssitzung des Sejm, nicht autorisiert hatte. Der „Przegląd“ erfährt weiter, daß Abg. Luckiewicz der Kommunistenfraktion beigetreten ist, die also nunmehr drei Männer stark ist.

## Die nächsten Arbeiten des Sejm

In einem Schreiben an den Sejm-Marschall Katalas macht der Ministerpräsident den Vorschlag, die bereits ausgearbeiteten bzw. in Vorbereitung befindlichen Gesetzesvorlagen in folgender Reihenfolge zu zunehmen:

1. Die Gesetze über das Finanz- und Wirtschaftswesen (Steuer, Verwaltungskommission des Gerichtsweisen, Organisation der Eisenbahnen, Post, des Telegraphen und Telefons, sowie andere staatliche Unternahmen).

2. Die Gesetze über den Schutz der Behörden und die Sicherung der öffentlichen Ordnung sowie ein Gesetz zur Ergänzung einiger Organisationsbestimmungen (allgemeine Dienstvorschriften das rechtliche Verhältnis der Staatsbehörden in der schlesischen Wojewodschaft, Arbeitsinspektorat, soziale Fürsorge usw.).

3. Das Gesetz über die Bekleidung der Staatsbeamten.

## 4. Agrargezeg.

Der Ministerpräsident gab dem Wunsche Ausdruck, daß diese Gesetze, noch in der gegenwärtigen Winterperiode erledigt werden, mit en anderen können sich dann der Sejm im Frühjahr beschäftigen.

Hierzu zählt der Ministerpräsident die Gesetze über die Organisation der Selbstverwaltung der Wojewodschaften sowie der Kreis- und Kommunalverwaltungen, ferner die Gesetze über den Ausbau der Staatsverwaltung, über die Industrie- und Handelskammern usw., die Gesetze über das Heer und die Organisation der Hilfsmittel für die Landverteidigung, und endlich die Gesetze über die Anpassung der lokalen Gesetze an die Bestimmungen der Republik.

Finanzminister ermächtigt soll, den Geldverkehr mit dem Ausland und den Umsatz mit fremden Valutaten durch Verordnungen zu regeln. Der Direktor des Haushaltdepartementes, Zarek, sprach dann über die Arbeiten am Haushaltswortvorschlag für 1923.

## Frankreichs Druck auf Polen.

Das Berliner „Achtuhrt-Abendblatt“ bringt wiederholt alarmierende Nachrichten seines Warschauer Korrespondenten über eine in Kürze beginnende polnisch-französische Zusammenarbeit gegen Deutschland. Der Warschauer Korrespondent dieses Blattes behauptet, daß es trotz aller polnischen amtlichen Dementis immer mehr zutage trete, daß die französische Regierung mit allen Mitteln Polen für eine aktive Politik gegen Deutschland zu gewinnen sucht. Frankreich sei gegenwärtig bemüht, einen Druck in der ostgalizischen Frage auf die polnische Regierung auszuüben, und will es auf diese Weise zu größeren Zugeständnissen des französischen Bündnispartners gegenüberzwingen. Der erwähnte Korrespondent betont auf Grund von angeblich aus guter Quelle stammenden Nachrichten, daß der Votschafferrat vor mehreren Tagen auf eine Anfrage Frankreichs geantwortet habe, Polen besitze vorläufig keine Rechtsstift auf Ostgalizien; es sei lediglich als polizeilicher Mandat der Großmächte anzusehen. Diese Erklärung des Votschafferrats habe in Warschau wie eine kalte Dusche gewirkt. Infolgedessen komme es unter dem Druck Frankreichs zu einem Umschwenk in der polnischen Politik. Zehn erinnere sich Warschau plötzlich an das polnisch-französische Abkommen, das Polen zum Vaffen Frankreichs macht. Wenn man auch gegenwärtig nicht erwarten darf — so endet der Korrespondent seinen Bericht —, daß Polen sich in irgend einer Weise dem Vorgehen Frankreichs anschließen wird, so muß die deutsche öffentliche Meinung jedenfalls darüber aufgeklärt werden, was für Kräfte in Warschau tätig sind, um auch von der Ostseite aus Deutschland Gewalt anzuwenden.

## Verkehrsfragen.

### Polnisch-lettische Verkehrsberatungen.

Am Freitag sind die Eisenbahnberatungen zwischen Polen und Lettland beendet worden. Die Beratungen dauerten drei Tage. An der Seite der Delegation des Eisenbahnministeriums stand der Departementssekretär Müller. Das Abkommen ist auf drei Monate abgeschlossen worden und betrifft die direkte Eisenbahnverbindung zwischen Polen und Lettland. Als Muster bat der deutsch-polnische Beirat gedient. Waren die durch Polen und weiter gehen, werden bis zur Station Semigala geleitet und vorverzollt. Die Errichtung eines normalen Transits ist infolge derständigen Valutenschwankungen unmöglich.

### Beschleunigter Verkehr zwischen Polen und Danzig

Am 1. März sollen Schnellzugzüge Warschau-Danzig über Deutsch Eylau, Marienburg eingerichtet werden und mit geschlossenen Wagen durch deutsches Gebiet fahren. Die Fahrt wird dadurch auf 8 Stunden verkürzt.

### Vor einer neuen gewaltigen Erhöhung des Post-, Telegraphen- und Telephonatifs.

Vom 15. Februar ab wird der Post-, Telegraphen- und Telephonatif um 300 Prozent erhöht. Ein Brief im Zoll kostet somit 300 M. ein Postkarte 150 M. ein Telegramm im Innland 250 M. nach dem Ausland 250 M. im Verhältnis zu 1. Januar 1000 M. für das Büro kosten. Ein gewöhnliches Telefon Gespräch kostet bei einer Entfernung bis 25 km — 1200 M. für 3 Minuten, bis 50 km — 2400 M. usw.

### Erhöhtes Porto für Russlandbriefe.

Die Sonderpost in Warschau erhöht den Preis für das Überbringen eines Briefes nach Russland von 1000 auf 2000 M.

### Der Briefverkehr mit dem Auslande.

In der Sonnabendssitzung des Finanzausschusses des Sejm wurde über den Entwurf eines Gesetzes beraten, das den

## Die Ernordung des Metropoliten Georg.

Die Nachricht von dem Mord, die in der russischen Kolonie Warschau alsbald bekannt wurde, wurde dort nicht mit Überraschung aufgenommen, da man auch hier seit einiger Zeit mit einem Attentat rechnete. Der Mörder gibt zwar persönliche Motive für den Mord an, doch deuten alle Umstände darauf hin, daß der Mord rein politische, d. h. kirchen-politische Gründe hatte. Bereits seit einem Jahre steht in der griechisch-katholischen Kirche Polens ein erbitterter Kampf, der die ganze Kirche in zwei Lager gespalten hat. Der Führer der einen Gruppe, die unter lebhafte Mitwirkung der polnischen Regierung die Selbständigkeit der griechisch-katholischen Kirche Polens und den Anschluß an die griechisch-katholische Kirche Rumäniens betreibt, war der Metropolit Georg, der im Verein mit dem Erzbischof von Włodzimierz Dionysius und dem Bischof des Pinsker-Komgorodzker Gebietes Alexander arbeitete. Die Gegner dieser Bestrebungen waren Erzbischof Eleuterius von Wilna, Bischof Mantelenius und Erzbischof Włodzimierz von Grodno. Diese erzielten die Innenhaltung des Zusammenhangs der griechischen Kirche Polens mit der algerianischen russischen Kirche, deren Oberhaupt der Moskauer Patriarch Tichon ist. Die drei wurden durch Synodalbesluß im Dezember vorigen Jahres für abgesetzt erklärt und mit Entfernung und Hilfe der polnischen Regierung in einem Kloster interniert. Archimandrit Smaragd war Parteigänger des Erzbischofs Włodzimierz und als solcher soeben vom Metropoliten als sich selbst abgesetzt worden. Als der Metropolit Georg auf der letzten Synode im Dezember vorigen Jahres den Besluß der Selbständigung der griechisch-katholischen Kirche Polens durchsetzt hatte, waren die Gegenseite auf die Spitze getrieben und fanden nunmehr in dieser Tat ihren Ausgang.

Die polnische Presse widmet dem ermordeten Metropoliten lange Nachrufe und vertheidigt seine Politik (damit zugleich die Politik der polnischen Regierung) und bemerkt, daß die Abtrennung der Kirche notwendig gewesen sei. Der Einfluß des Moskauer Patriarchen Tichon sei zu gefährlich und zu stark in der orthodoxen Kirche Polens gewesen und hätte staatsgefährdet werden können. Wenn auch die Allgemeinheit, insbesondere eine große Zahl der römisch-katholischen Bevölkerung, der Tat noch völlig verständnislos gegenübersteht, so dürften die Wege, die zu diesem Verbrechen führen, doch von außerordentlicher Bedeutung sein und auf den Ideenkreis hinweisen, in dem für den polnischen Staat bisher ungeahnte Gefahren schlummern.

## Die Selbständigkeit der östkirchlichen Kirche in Po'en.

In Warschau wird die Ankunft eines Delegierten des Patriarchen von Konstantinopel erwartet. Die Warschauer Reise des Delegierten steht im Zusammenhang mit der Anerkennung der Autonomie der orthodoxen Kirche in Polen.

## Die Beerdigung des Metropoliten Georg

fand am Sonntag statt. Hinter dem Sarge schritt neben dem Ministerpräsidenten der Generaladjutant des Staatspräsidenten, der Oberst Baruski. Vor dem Leichenzug marschierte eine Infanterieabteilung mit einer Kapelle an der Spitze. Dann folgten zahlreiche orthodoxe Geistliche. Den Schluss des Auges bildete eine Kavallerieabteilung und eine Artilleriebatterie. Auf dem Sarge befand sich unter den vielen Kränzen ein Krantz der polnischen Regierung. Der Metropolit ist auf dem Friedhof von Wola beigesetzt worden.

## Die Trauergottesdienste für Niewiadomski.

### Eine Erklärung des katholischen Episkopats.

Das Komitee des polnischen Episkopats, das sich am Sonnabend zum ersten Male in diesem Jahre versammelte, stiftet sich verpflichtet, die Auferksamkeit der Gesellschaft darauf zu richten, daß, obgleich nach dem Wortlaut der Heiligen Schrift das Gebet für Verstorbenen eine heilige und erwünschte Angelegenheit ist, Trauergottesdienste nicht zu Manifestationen benutzt werden dürfen, die der Heiligkeit und dem Zweck religiöser Handlungen nicht entsprechen. Vor derartigen Manifestationen müssen wir uns seitens der Kirche und Religion verwahren, da sie Betwirfung in die Unschuld über christliche Moral bringen können, die unter einer Bedingung Verbrechen gegen Gottes Gebot zulassen darf. – Gezeichnet: Kardinal Primas Dalbor, Metropolit von Warschau Karolowski, Kardinal Teodorowicz, Erzbischof von Lemberg, Adam Sapieha, Bischof von Krakau, Ignatius Łoisiński, Bischof von Vilnius, Marian Sulman, Bischof von Lublin, Henryk Pręgodycki, Bischof von Podlasien.

## Kirche und Staatsbehörden.

Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend den Kardinal Primas D. Dalbor und den Bischof Pręgodycki und hatte mit ihnen eine längere Unterredung, die dem Verhältnis zwischen Kirche und Staatsbehörden gewidmet war.

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Duncker, Berlin.

## Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Wäre es denn ein so entsetzliches Unglück,“ fragte sie vorwürfsvoll, „wenn auf der unteren Hochalm ein Hotel entstünde? Ich würde das eigentlich ganz nett, denn man hätte eine gewisse Zerstreitung und Abwechslung, wenn einem das Hüttleinleben einmal zu eintönig würde.“

„Du weißt nicht, was Du sprichst!“ fiel er ihr hart in die Wiege. „Der ganze Berg wäre mir verleidet, wenn sich der trübe Strom des überjährligen „Fremdenverlehrts“ der viel zu Vielem, der Überflüssigen in unjere sülle Einsamkeit ergösse.“

„Du bist einseitig und ungerecht!“ wiedersprach sie ihm. „Als ob wir allein ein Recht auf den Wilden Jäger hätten, dessen Schönheiten Du nur einem ganz kleinen, engen Kreis von Menschen zu gönnen scheinst.“

„Durchaus nicht!“ verteidigte er sich. „Aber der ellen Ehrbar blaßierter, laltherziger Genießer mößt' ohne ich ihn, die kommen wird, Vogelreuthers Hotel zu füllen.“

Ruth Marlow schwieg, denn sie fühlte, daß jeder Widerspruch zwecklos war, und auch Fernleitner spann sich wieder in seine Gedanken ein.

Heuchend mührten sie sich die Steinhänge empor, wobei Fernleitner Ruth mechanisch half. In unsrohem, überhasitem Ausfließ überwandten sie die Wdeckwände und ließen mehr als sie gingen über die Matten der unteren Hochalm den Hütten zu.

Loisl, bei dem Bauhaus Völkers am Gipfel beschäftigt war nicht zugegen und die Sanitärrinnen wußten nur mangelhaft Auskunft zu geben. So ließ dann Fernleitner die

## Wojewodschaft Schlesien.

### Der neue schlesische Wojewode.

Die Ernennung des neuen schlesischen Wojewoden Szulita findet in der polnischen Presse eine geteilte Aufnahme. Szulit war früher österreichischer Verwaltungsbeamter in Galizien. Zuletzt bekleidete er eine höhere Stellung im Lemberger Wojewodschaftsrat. Er gilt als der Linksbefreier nahestehend und wird deshalb von der oberschlesischen Rechspresse als Jude und Österreich-Freund angegriffen.

In den Angriffen wird ausführlich darauf hingewiesen, daß er ohne Befragung der Bevölkerung und der Parteien nach Oberschlesien geschickt wurde. Oberstleute aber versuchten die fertige Tatsache zu stellen war die Warschauer Regierung nach langem vergeblichen Suchen nach einer geeigneten Persönlichkeit gezwungen, da sich die oberschlesischen Parteien auf keinen bestimmten Kandidaten einigen konnten. Auch in der Bezirkskommission konnte kein gemeinsamer Vorschlag der Regierung gemacht werden, und so blieben die hinter den Kulissen von den polnischen Parteien unterbreiteten Vorschläge von Warschau unberücksichtigt. Man nimmt an, daß der neue Wojewode die Politik des Bz.wojewoden Burawski fortführen werde.

### Die Makkowik Industrieausstellung

ist am Sonntag geschlossen worden. Der Verkehr war am letzten Tage überaus lebhaft. Ungefähr 4500 Personen besuchten die Ausstellung. Um 5 Uhr erfolgte die Schließung.

### Verurteilung eines Redakteurs.

Der für den „Oberschlesischen Kurier“ verantwortliche Redakteur Kroczek aus Katowitz hatte sich am Sonnabend vor dem Katowicer Schöffengericht wegen Verächtlichmachung der Wojewodschaftsbehörde zu verantworten. Im Oktober v. J. brachte der „Kurier“ in seiner Nr. 242 einen Artikel über die Schließung einer deutschen Schule in Myśnik, worin zum Ausdruck gebracht war, daß ein kleiner, nasser Fleck den Kreisarzt veranlaßt hätte, die deutsche Schule zu schließen. Das Gericht sah in diesem Artikel eine Verächtlichmachung der Wojewodschaftsbehörde und verurteilte den Redakteur Kroczek zu einem Monat Gefängnis. Kroczek wurde sofort verhaftet, jedoch nach zweistündiger Haft nach Stellung einer Kauution von 500 000 Mark auf freien Fuß gesetzt.

**Über die Minderheitsschulen**  
bestimmte eine Verordnung des schlesischen Wojewoden:

Bis zum Inkrafttreten der definitiven Minderheitsschuleinrichtungen werden die Kreisschulinspektoren im Einklang mit dem Artikel 114 der Konvention dafür Vorkehrungen treffen, daß die deutschen Kinder in ihrer Sprache ungehört Unterricht genießen, es sei denn, daß dies aus Gründen der Schulverwaltung nicht möglich ist. Auch für die Übergangszeit entscheidet ausschließlich die Erklärung der erziehungsrechtlichen Personen über die Schulsprache des Kindes.

Die auf Grund der Wojewodschaftsverordnung vom 21. August eingereichten Anträge behalten ihre Gültigkeit, soweit dieselben den Bedingungen dieser Verordnung entsprechen.

Gemäß Art. 106 des Generalkommandos werden auf Grund der Anträge von Staatsangehörigen, die von den Erziehungsberichtigten unterstützt und mindestens neun Monate vor Beginn des Schuljahres gestellt worden sind, Minderheitsschulen, Klassen, Sprachunterrichts- und Religionsunterrichtskurse, spätestens zu dem auf den Antrag folgenden Beginn des Schuljahres eröffnet werden.

Die in einem späteren Zeitpunkt vorgelegten Anträge werden zu Beginn des nächstfolgenden Schuljahres berücksichtigt werden.

Geh der Antrag auf eine Minderheitsschule und treffen die Voraussetzungen hierfür nicht zu, so gilt er ohne weiteres für die Minderheitsklasse nicht zu, so gilt der Antrag für einen deutschen Sprach- oder Religionskurs. Die Anträge sind in dem Kreis- oder Wojewodschaftsschulamt schriftlich oder mündlich zu stellen. Die Anträge müssen vom gesetzlich berechtigten Erzieher des Kindes eigenhändig unterschrieben und nach dem vorgeschriebenen Formular (in dem Formular fällt der Satz: „Ich erkläre . . . Sprache ist“ aus) angefertigt sein. Die Eigenhändigkeit der Unterschrift muß von einem zur Führung des Amtstegels berechtigten Amte bescheinigt sein, wie z. B. vom Gemeindesprecher, Amtsrichter, Landrat, Standesbeamten, Polizeidirektor, Kreisschulrat, der Gerichtsverzehr oder vom Notar.

Minderheitsschuleinrichtungen nach Art. 105 und 106 der Konvention werden getroffen, wenn die für sie angemeldeten Kinder Staatsangehörige sind, zu demselben Schulverband gehörten, im schulpflichtigen Alter stehen und zum Besuch der Volksschule bestimmt sind. Diese Bedingungen werden von Amts wegen geprüft.

Die Kreishäuser überzeugen sich, ob die Anträge den Vorschriften des § 5 entsprechen und stellen zugleich fest, ob die im Antrag angegebene Zahl der Kinder den Bestimmungen der Artikel 103 und 107 des Abkommen entspricht. Sie besprechen in

einer Sitzung des Schulvorstandes den Antrag und senden ihn mit einer Begutachtung und dem Protokoll der Sitzung an die Schulabteilung der Wojewodschaft unter Beifügung eines Vorschlags, wie die Ausführung der Anträge geregelt werden soll.

In dem Vorschlag ist anzugeben, ob für die Minderheit eine Schule oder Klasse einzurichten ist, ob die Schule oder Klasse von Kindern eines Bekanntschaftsbesuch wird, oder ob sie simultanen Charakter haben soll (Art. 106 § 1 Abs. 2 des Abkommen), und in welcher Weise die Schule unterzubringen ist.

Nach erfolgter Gründung der Minderheitsschulen sind für sie Schulkommissionen einzurichten (Art. 111 des Abkommen). Die gewählten Mitglieder der Kommission bestätigt die Schulabteilung auf den Antrag des Schulrats, der sich zunächst mit dem Schulvorstande verständigt hat.

Die Minderheitsschulen sind nach denselben Grundsätzen zu unterhalten wie alle anderen öffentlichen Volksschulen. Besondere Vorschriften über die Unterhaltung dieser Schulen befinden sich im Art. 109 und 110 des Abkommen.

Die Kreischausämtler stellen einmal im Jahre fest, nämlich am 1. Mai jedes Jahres, das erste Mal jedoch am 15. Juli 1923, ob die Schulen, Klassen und Kurse der Minderheit von der im Artikel 106 und 107 des Abkommen geforderten Anzahl von Kindern besucht werden und ob die Kinder den in diesen Artikeln dargestellten Bedingungen genügen. Die Kreischausämtler senden an die Schulabteilung eine Statistik dieser Schulen ein.

## Aus der polnischen Presse.

Über die Aufgaben der Polen im Deutschen Reich läßt sich der „Dziennik Berlinia“ (Nr. 18 vom 28. Januar) wie folgt aus:

„In dem Getöse der politischen Ereignisse, die fortwährend unsere Gedanken beschäftigen, vergessen wir oft, uns Fragen vorzulegen, die wir als Polen, unter Fremden zerstreut, uns beständig vorlegen müßten. Nach der endgültigen Festsetzung der gegenwärtigen Grenzen des polnischen Staates bilden wir in Deutschland eine ganz ansehnliche Zahl, die etwa an eine Million heranreicht. Dieses in Deutschland ansässige Element muß sich, wieviel es in verschiedenen Teilen des Reichs zerstreut wohnt, klar darüber sein, welches seine Aufgaben als Teil des polnischen Volkes, also seine nationalpolnischen Aufgaben sind.

Bezüglich der ersten Frage wird die Antwort einfach und klar sein. Als Bürger des Deutschen Reichs müssen wir die Pflichten loyal erfüllen, die uns die Staatsangehörigkeit auferlegt. Aus dem gleichen Titel können wir vom Deutschen Reich dieselben Rechte verlangen, die wir gleich allen deutschen Staatsbürgern haben, insbesondere das uns gewährte Recht der Freiheit und der Erhaltung unserer polnischen Kulturwerte.

In dem, was wir gesagt haben, ist alles enthalten, allerdings mit dem Vorbehalt, daß der Staat uns bei der Ausführung der Gesetze keine Hindernisse bereiten wird. In dem Augenblick, wo diese Gewaltigkeit eintrete, müssen wir mit allen im Rahmen der bestehenden Gesetze zulässigen Mitteln eine Verteidigungskktion einleiten, ohne in ihr auch nur einen Augenblick nachzugeben.

Dennach ist die Verfehlung unserer unbefristeten Rechte auf den Glauben und die Sprache, auf den Besitzstand im Verhältnis zu dem Staate, in dem wir leben, auf die nationale Ehre — unsere grundlegende nationale Pflicht. Alles das hingegen, was sich auf dem Gebiet der wechselseitigen Beziehungen des polnischen und des deutschen Staates vollzieht, d. i. das Gebiet der internationalen Politik, interessiert uns aus erklärlichen Gründen zwar ebenfalls ganz besonders, jedoch sind hierzu vor allem die Regierungen dieser beiden Staaten zu rufen.

Das Bewußtsein, daß wir Glieder eines nahezu Dreißig-millionenvolkes sind, daß hinter uns der polnische Staat steht, der uns zu schützen vermag und es verstehen wird, auf jedes uns zugefügtes Unrecht mit gleicher Waffe gegenüber den polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität zu antworten — dieses Bewußtsein muß uns vollständig genügen.

Unsere Rechte vermögen wir nur dann wirksam zu verteidigen, wenn wir das Gefühl unserer Pflichten nicht nur gegen den Staat, in dem wir wohnen, sondern auch gegen die polnische Nation, d. i. nationales Pflichtgefühl, haben werden.

Unsere Kardinalpflicht ist, auf die Erhaltung und Reinheit der Sprache und die Sprache, auf den Besitzstand im Verhältnis zu dem Staate, in dem wir leben, auf die nationale Ehre — unsere grundlegende nationale Pflicht. Alles das hingegen, was sich auf dem Gebiet der wechselseitigen Beziehungen des polnischen und des deutschen Staates vollzieht, d. i. das Gebiet der internationalen Politik, interessiert uns aus erklärlichen Gründen zwar ebenfalls ganz besonders, jedoch sind hierzu vor allem die Regierungen dieser beiden Staaten zu rufen.

Unsere Kardinalpflicht ist, auf die Erhaltung und Reinheit der Sprache und die Sprache, auf den Besitzstand im Verhältnis zu dem Staate, in dem wir leben, auf die nationale Ehre — unsere grundlegende nationale Pflicht. Alles das hingegen, was sich auf dem Gebiet der wechselseitigen Beziehungen des polnischen und des deutschen Staates vollzieht, d. i. das Gebiet der internationalen Politik, interessiert uns aus erklärlichen Gründen zwar ebenfalls ganz besonders, jedoch sind hierzu vor allem die Regierungen dieser beiden Staaten zu rufen.

Der Knecht sah unsicher auf den Sprecher. „Kennen Sie es Ihnen verdanken?“ vereidigte er eine Bäuerin. „Wildenreuth ist ein sehr armes Dorf, verlaß vom Verkehr. Und nun bietet sich auf einmal die Möglichkeit, die Geld bringt und Absatz schafft für alle Erzeugnisse!“

„Ja,“ nickte Fernleitner mit bitterem Lächeln, „mein ionaner Freund Vogelreuther hat das anscheinend sehr schick eingeladen.“

„Ist er denn nicht Ihr Freund?“ fragte Loisl erstaunt. „Er war einmal mein Freund!“ erzählte ihm Fernleitner.

„Aber wie er mir das erste Mal von diesem abischenen Hotelplan sprach, haben wir uns gezankt und sind im Uf. iedt getrennt!“

„Wann nennen Sie den Hotelplan abscheulich?“ forschte Loisl mit wachsendem Erstaunen.

„Das begreift Ihr nur heute noch nicht.“ antwortete ihm Fernleitner voll Bitterkeit, „und darum hat es wohl auch keinen Zu. je, jetzt viele Worte darüber zu wechseln. Denn Ihr fehlt nur das Geld, das Euch winkt und habt keine Ahnung davon, was Euch dieser Hotelbau noch kosten wird!“

Fernleitner schüttelte in starrer Verwunderung den Kopf. „Was er uns kosten wird? Er kostet uns doch nichts!“

„Ihr versteht mich nicht!“ erwiderte Fernleitner traurig. „Aber lassen wir das jetzt! Wo ist Vogelreuther gegenwärtig?“

„Heute ist er in Bamberg in Wildenreuth!“ blickte ihn Loisl. „Aber morgen früh kommen sie wieder heraus, um den Bvpl. abzumessen!“

Da straffte sich Fernleitner Anl. zum Entschluß. „Dann werde ich morgen früh mit ihm sprechen!“ sagte er. „Und ich rufe zurück zu den Hütten.“

Gesetzung folgt.

oder hier in Deutschland wohnt. Wir doch die Nation, wie sich jemand geäußert hat, die große Solidarität, die Vergangenheit und Zukunft umfaßt, und das Bestehe einer Nation eine nationale Volksabstimmung. Darauf beruht die sogenannte nationale Idee. Das Verständnis für sie zu fördern, ist unsere Pflicht.

Und hier entsteht die Frage bezüglich der Mittel, mit deren Hilfe diese nationale Idee, dieses Nationalbewußtsein erhalten werden muß. Vor allem muß man sich überall außerhalb des Vaterlandes zusammenschließen und vereinen. Im Vaterland ist schon der Staat selbst dieses Bindeglied außerhalb des Vaterlandes müssen solche Bindeglieder geschaffen werden. Man muß sich in ähnlichen wirtschaftlichen oder kulturellen Vereinen zusammenschließen, die polnische Presse ausbauen und unterstützen, sie über das gesamte Leben hinaus unterrichten und zur Verteidigung der Gesamtheit der polnischen Interessen Centralorganisationen ins Leben rufen.

Viele von diesen Dingen sind bereits getan. Wir haben eine Reihe eigener Vereine, und wir bilden neue. Wie haben ein Centralorgan, — den Bund der Polen in Deutschland. Wenn wir aber trotzdem an unsere Aufgabe erinnern, so tun wir das deshalb, weil sicherlich fortmöglich noch viel zu tun ist und viele ihre Pflichten versäumen.

Niemand vergesse sie daher, und niemand versäume die Gelegenheit, in der Werkstatt der nationalen Arbeit mitzuwirken.

## Aus den Baltstaaten.

### Die baltische Wirtschaftskonferenz.

Die nurmehr auf dem 2. März anberaumte baltische Wirtschaftskonferenz in Königsberg, an der Polen und die baltischen Sowjetrepubliken teilnehmen sollen, wird über folgende Fragen beraten: Die Belehrungsverbindungen der Kommerzienstaaten untereinander und mit Westeuropa; Schaffung von Kreislauf-Transaktionen; Güterfragen in den baltischen Staaten; Gründung eines Wirtschafts-Kontinuums-Bistros; der Schmuadat Wasser und Land an den baltischen Grenzen u. a.

### Lettland bestätigt die Minoritätenrechte.

Das lettändische Unterrichtsministerium hat eine Verordnung erlassen, die von der "Rigaer und Rundschau" unter der Überschrift: "Unreine Schulconomie gestört!" veröffentlicht wird. Man dieser Verordnung werden die Spezialstudienvertreter der nationalen Minoritäten abgesetzt. Ihre Aufgaben übernimmt die allgemeine lettische Ausbildung bei der. Zugleich wird vorläufig, daß die Gelehrtentüchtung in den Schulen der Minoritäten in lettischer Sprache zu erfolgen hat. Darauf hat das Präsidium des Minoritätenbüros, dem ein deutscher, ein russischer und ein litauischer Vertreter angehören, die Verhandlungen mit der Regierung in der Minoritätenfrage abgebrochen, die vor kurzem zur Anbahnung trübungslojer Verhandlungen begonnen hatten.

## Beabsichtigte Besetzung von Hamburg?

Das "Neue Wiener Journal" berichtet auf Grund von Mitteilungen von hervorragender diplomatischer Seite, daß die Franzosen die Absicht hätten, Hamburg zu besetzen. In kurzer Zeit werde die französische Flotte vor der Elbmündung erscheinen und die Landung von Truppen beginnen. Der Zweck dieses Unternehmens soll sein, den Abtransort der in England von den deutschen Industriellen, in erster Linie von Staines, eingekauften Kohlen und Kohls nach dem Innern von Deutschland zu verhindern. Die inoffiziellen Verbindungen Frankreichs, die englische Regierung zu einem Verbot der Kohlentransfereuren auf Deutschlands Gebieten, sind naturgemäß völlig gescheitert. Die deutschen Kohlentransfereuren bedeuten ja eine geradezu glänzende Konjunktur für die englische Vergewaltungsindustrie. Die Kohlenproduktion Großbritanniens ist infolgedessen in letzter Zeit gewaltig gestiegen, die Arbeitslosigkeit, die ein gesellschaftliches inneres Problem bildet, ist zurückgegangen. Aus diesem Grunde ist auch zu erwarten, daß England zum Schuh seines Geschäftes Maßnahmen ergreifen wird, wenn Poincaré zur Besetzung von Hamburg schreiten sollte. Außerdem würde die französische Flotte vor Hamburg eine so außerordentliche Bedrohung zur Sicherheit Englands bilden, daß es für das Land nicht zu ertragen wäre. Vermutlich arbeitet England schon jetzt hinter den Kulissen gegen die französischen Absichten, die ihm natürlich bekannt sind. Auch das Gerücht von einem bevorstehenden polnisch-russisch-französischen Bündnis dürfte nicht gerade beruhigend auf die öffentliche Meinung Albion wirken. Ebenso haben die Vereinigten Staaten und auch die großen südamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien, Chile, großes Interesse an einem ungestörten Funktionieren des Hamburger Hafenbetriebes.

Die französische Absicht, die vielleicht infolge des Widerstandes der angloamerikanischen Mächte gar nicht zur Ausführung kommt, ist ein deutliches Zeichen für das vollkommene Scheitern und die gängliche Ergebnislosigkeit der Ruhraktion.

### Umfang des besetzten Ruhrgebiets.

Das von den Franzosen und Belgien besetzte Ruhrgebiet umfaßt 23 Gänge, 14 nördliche und 9 ländliche, mit einem Umfang von 297600 Hektar, die von 3177637 Menschen bewohnt sind.

### Die ersten Kohlezüge.

In diesen Tagen sind zum erstenmal einige Kohlezüge, wie es scheint, in im ganzen nach Frankreich abgegangen. Beigleichen einer Tageszeitung Reparationslohe vor der Besetzung enthalten die durchgegangenen Züge allerdings nur einen geringfügigen Prozentsatz.

### Höhe Judaslhne.

Die Franzosen bemühen sich in den letzten Tagen sehr ohne, ein Viertel achs der Normandie sind Arbeitskräfte anzuwerben. Sie zählen zum Beispiel nur Arbeiter, die sonst auf Volomourou erfahren sind, pro Stunde 18000 Mark gegen circa 1000 Mark Normallohn.

### Berurteilung evangelischer Pfarrer.

In Koblenz verurteilte das nanzösische Militärpolizeigericht zwei evangelische Pfarrer aus Bacharach und Simein zu 10000 und 2000 Mark Geldstrafe, weil sie die Predigtung in Predigten aufgereizt hätten.

### Der Staatsanwalt als erster Gefangener.

Am zweitnieden bat sich der erste Staat anwalt der Konfession des Evangelismus durch die Beizugsgruppen wieder. Er wurde erneut und, nachdem das Gläubige Raumt worden war, als erster Gefangener vorhin eingezogen.

### Milchversorgung mit Hilfe Hollands.

Die Milchversorgung des Industriegebiets wurde durch einen Vertrag mit dem großen holländischen Milchland gegeben. Es sollen 10 bis 8000 Liter Milch nach dem Ruhrgebiet geliefert werden, zum Preis von etwa 12 bis 14 h. pro Liter Eins ab Molkerei, d. h. da Liter Milch an Ort und Stelle im Einlauff 2000 Mt kosten würde. Das Reich wird einen großen Aufschluß geben müssen, um die Milch zu verbilligen und den zahlreichen Verbrauchern den Genuss zu ermöglichen.

### Neue Interaktion der Schweiz.

In der Sitzung des Grossen Nationalrates erklärte Bundesrat Moira, daß die schweizerische Politik sich ausschließlich vom Grundsatz der Neutralität leiten lasse. Dieser Standpunkt legt der

Schweiz Selbstbeherrschung ins Disziplin au. Sie muss sich in ihrer Politik lenken lassen vom Anteil des eigenen Landes und anderen Staaten einer Verteilung der Gewaltigkeit verurteilt.

## Wie denkt sich Poincaré die Sache? Ein Kampf gegen Frankreich für England ausichtslos.

Poincaré hat sich dieser Tage im vertrauten Kreise ähnlich offen über das Verhältnis zwischen Frankreich und England ausgeprochen und dabei besonders auf die Zusammenhänge hingewiesen, die zwischen dem Vorsprung Frankreichs gegen Deutschland und seinen Beziehungen zu England bestehen. Er setzt sich sicher darüber klar, daß die Einbeziehung der Fundamente der deutschen Wirtschaft in das französische Wirtschaftsleben hier hat Poincaré wieder einmal seine wahre Absicht entstellt. Dasselbe die Hoffnung für Wirklichkeit annehmen — die ohnehin bestehende Spannung mit England vermehrte bis ins Äußerste. Nichtsdestotrotz sei unmöglich, daß an einen Krieg mit Frankreich zu denken sei, da ein Kampf gegen Frankreich für England vollkommen aussichtslos sei. Gefährlich werde es nur, wenn die seit Wochen schwelenden Verhandlungen zwischen London und Washington dazu führen sollten, daß dies jedoch nicht der Fall sein werde. Andernfalls müsse man auf das dringendste versuchen, in der Reparationsfrage zu einer Lösung zu kommen. Deutschland werde sich zu einer Lösung umso mehr bereitfinden lassen als es selbst in England den großen Geist der Freiheit erkennen kann. Vorher sei es das wichtigste, daß Frankreich die Initiative in Europa in der Hand habe, insbesondere so lange, bis das deutsche Ministerium nun in einigen Wochen einer Regierung Platz mache, die mit Frankreich auf Grund der dann bestehenden Lage in der Entschädigungsfrage zu handeln geneigt sei.

### Frankreich und Briand

richteten starke Angriffe in den Blättern gegen Poincaré, weil er sich geweigert hatte, dem parlamentarischen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten Mitteilungen über seine Politik zu machen. Poincaré selbst habe, als er Vorsitzender des Senatsausschusses war, stets auf Informierung durch die Regierung bestanden und sei sogar soweit gegangen, während der Konferenz von Cannes im Namen des Ausschusses ein Warnungstelegramm an Briand zu richten, daß den Rücktritt der Regierung zur Folge hätte. Der Hammerdurchschlag vertrate jetzt noch immer dieselbe Ansicht, auch gegenüber Poincaré.

### Poincaré

erklärte auf diese Angriffe hin, daß er vor dem Kammerausschuß sich äußern werde, aber nur, um zu betonen, daß die Kritik Tardeus der deutschen Presse Argumente liefern. Im übrigen sei es ihm unmöglich, im Augenblick eine erschöpfende Antwort zu geben auf Fragen, die vielleicht in drei Monaten aufs neue gestellt werden können.

### Frankreich hat sich verrechnet.

Die "Journée Industrielle" erklärt es für unnötig, leugnen zu wollen, daß Frankreich sich verrechnet habe, indem es einen sofortigen Erfolg des "Gouverneurs" von "Kanonen und Maschinengewehren" für sicher hielt. Es glaubt mit Erfahrung feststellen zu dürfen, daß alle französischen Regierungsstellen jetzt die Schwierigkeiten klar erkennen.

Der "Endzweck", nämlich die "Erfahrung" einer erfolgreichen Verhandlung mit Deutschland, werde nicht vor Ablauf von 2½ bis 3 Monaten erreicht werden, da Deutschlands Mittel zum Widerstand so lange ausreichen.

### Die Aussichten auf Erfolg nehmen schnell ab.

Es hat in London ein Kabinettssrat stattgefunden, der sich mit der Frage der Beziehung des Muhrgebiets beschäftigt hat. Es wurden die eingelaufenen Telegramme geprüft und daraus der Schluß gezogen, daß der deutsche Widerstand härter ist als je und daß die Aussichten auf Erfolg für die Franzosen schnell abnehmen.

### Frankreichs Kampf gegen den Auseverkauf.

Der starke Sturz des französischen Franken, der in Frankreich genau die gleichen Gelöwenwertungen hervorruft, hat sich seit langem kein, hat auch bereits den Beginn eines französischen Ausverlaufs gezeigt. Wie die französischen Banken aber mit aller Ihnen zur Verfügung stehenden Energie Baissepekulationen in Frankreich durch risikolose Einzelhandlungen von Devisen zu verhindern trachten, so sieht auch die französische Regierung einen energetischen Plan zu ergründen. In ähnlicher Weise, wie fürstlich erstmals gegen die Pariser Börse ein Beispiel gegen die Überreaktion des Grundwerts angenommen war, das die Überreaktion, an die Konkurrenzinstanz, beiderlei Art auch, liegt bei den französischen gesetzgebenden Ständen ein Beispiel in Bruxelles, das den Grundwert durch ausländische Baissepekulationen in Frankreich beiderlei Bestimmungen unterstellt und in der anderen die Existenzen solider Baissepekulationen von einer Genehmigung des Außenministers abhängig macht.

### Frankreich und Russland.

Der Pariser Mitarbeiter des "Exchange Telegraph" behauptet, Frankreich sehe unmittelbar vor der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zur Sowjetregierung. Sobald man den Namen des in Aussicht genommenen französischen Vertreters in Moskau erfahre, werde man sich darüber klar sein, daß es sich dabei nicht nur um die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen handle.

### Ein polnisch-russisch-französisches Bündnis?

Die "Daily Mail" meldet aus Riga: In gut informierten Kreisen wird behauptet, daß ein hoher polnischer Diplomat sich an die Sowjetregierung mit dem Projekt eines polnisch-russisch-französischen Bündnisses gewandt hat. Dieser Vertrag soll auf ganz neuen Grundlagen aufzugehen werden. Die Initiativte zu dem Schritte soll von Frankreich gegeben werden, das ein polnisch-russisch-französisches Bündnis anstrebt. Die Warschauer Regierungsfreunde verhalten sich diesen Grüchten gegenüber passiv und demonstrieren sie nicht, trotzdem sie von ihnen unterrichtet sind.

## Die Bereicherung der angloamerikanischen Mächte durch den Weltkrieg.

Nach amerikanischen statistischen Daten hat sich der Goldvorrat der Vereinigten Staaten in den Jahren 1914-1922 verdreifacht. 1914 waren es 1 Milliarde und 23 Millionen Dollar; im Jahre 1922 betrug der Goldvorrat 8 Milliarden 637 Millionen Dollar. An zweiter Stelle steht jetzt England während im Jahre 1914 Frankreich vor Großbritannien stand. Vor dem Kriege betrug der Goldbestand Englands, das damals hinter Russland und Deutschland zu stehen kam, 195 Millionen, im vorigen Jahre waren es 764 Millionen, also nahezu das Vierfache des Vorriegsbestandes. Die dritte Stelle nimmt Frankreich mit 690 Millionen ein

vor dem Kriege 806 Millionen). Danach Frankreich folgen dann: Japan mit 540 Millionen (vor dem Kriege 106), Spanien mit 487 (106), Argentinien mit 453 (235), Griechenland mit 268 Millionen, Deutschland mit 260 Millionen (vor dem Kriege 298), Holland mit 241 Millionen, Kanada mit 193 (155), Italien 161 (167), Schweiz 104 Millionen.

Aus dem Gefühl des satten Reichtums erklärt sich auch die Zurückhaltung Englands und Amerikas gegenüber den bisherigen europäischen Verwicklungen. Die Vorsicht Poincarés „Krieg und besiegt laß mich schlafen“, ist für die schwerreiche gewordenen Angestalten maßgebend. Allenfalls erträgt man pharisäisch gute Maßnahmen, aber irgendwie tätig einzutreten, daran ist kein Gedanke. Das würde unnötig die Bequemlichkeit föhren. Im Gegenteil kann die Selbstzerfleischung Europas für das Geschäft nur förderlich sein. Der Kohlenhandel vor allem blüht jetzt glänzend. So sieht man denn mit verschrankten Armen dem Schauspiel an der Bühne zu, wo schwererüste Heeresmassen eine wehrlose Bevölkerung mit Faust, Stichablage, Keulen und Bajonetten bearbeiten. Kleine Kinder erscheinen und Beamte unter Todesdrohungen zum Verrat zwingen wollen. Wirklich Europa hat es herlich weit gebracht!

Die Sache ändert sich natürlich sofort, sobald das Geschäft angekettet wird. Der Engländer, der wenig Kenntnis der Bevölkerung außerhalb seiner Küste hat, merkt nur zu spät, daß die Waffenmacht Frankreichs, die er hat grobwerden lassen, jetzt ohne weiteres in der Lage ist, sein Geschäft empfindlich zu tören, z. B. durch Besetzung von Hamburg oder anderen Hafenstädten.

Die Vereinigten Staaten, die durch ihr Eingreifen der Entente den Sieg verschafften, deren Präsident Wilson die Mittelmächte durch die Hoffnung auf seine 14 Punkte zur Niederlegung der Waffen veranlaßte, wären moralisch verpflichtet, nun auch für Wiederkehr geordnete Verhältnisse zu sorgen. Wilson war nicht imstande, seine Versprechungen zu halten, er hat Deutschland durch seine Schwäche aufs grausame enttäuscht, und seine Unfähigkeit ist die wahre Ursache des ganzen Unheils in Europa. Wie lange wird Europa noch warten müssen, bis die Union sich ernsthaft bemüht, der Rettung unseres Lebens zu steuern, statt sich untätig im Bewußtsein, das meiste Gold zu besitzen, zu spreizen.

Amerika hat keinen Sitz in der Reparationskommission, was gegen den Versailler Vertrag streitet und für Deutschland ein ungemeiner Nachteil ist, da die Vereinigten Staaten der einzige uninteressierte Teilnehmer sein würden. Jetzt hat Amerika seine Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen und den Franzosen freies Feld gelassen. Eine derartige Haltung entspricht nicht dem hohen moralischen Nimbus, mit dem sich Präsident Wilson umgab und den auch andere repräsentierende Amerikaner gern annahmen.

## Die Lage im Orient.

### Der Hafen von Smyrna durch Minen gesperrt.

Am Quai d'Oriau wird bestätigt, daß die Türken die Einfahrt in den Hafen von Smyrna durch Minen gesperrt haben. Seit dem Ankunft des englischen Kreuzers "Circass" in sein Schiff in Smyrna eingelaufen oder ausgelaufen. Der französische Kreuzer "Bretagne", der die iranische Kolonie in Smyrna an Bord nehmen sollte, mußte auf die Einfahrt verzichten, weil die Türken im kleinen Bogen zum Passieren der Minenzone zur Verhüllung gestellt haben. Der Dampfer hat sich einstweilen nach dem Piräus begeben.

Der Kommandant des vor Smyrna liegenden holländischen Kreuzers hat, wie am Quai d'Oriau mitgeteilt wird, Beibehalten, der türkischen Auflösung zum Verlassen des Hafens nicht nachzusommen und sich an etwaigen Abwehrmaßnahmen der verbündeten und amerikanischen Kriegsschiffe zu beteiligen. Die holländische Regierung begründet diesen Beihalt mit der Notwendigkeit des Schutzes für die holländische Kolonie in Smyrna.

Im übrigen wird die Lage in Smyrna an französischer amtlicher Stelle als unverändert bezeichnet. Mit einer ernsten Bedrohung der Lage wird nicht gerechnet. Italien sieht, wie hier vorher wird, vorbehaltlos neben seinen Verbündeten.

### Großbritannien in Smyrna.

Während den Alliierten und den türkischen Behörden von Smyrna sam ein Abkommen zustande, nachdem der status quo solange gehalten soll, bis die Angelegenheit auf diplomatischem Wege geregelt ist.

### England läßt Poincaré im Orient freiheit.

In Pariser sozialen Kreisen verlautet, daß seit einigen Tagen in volliges Einvernehmen zwischen Bonar Law und Poincaré über das Vorgehen im Orient herrscht. Man hofft auf diese Wendung die Tatsache zurück, daß England in allen, das Ruhrgebiet betreffenden Fragen eine völlig passive Haltung eintreibt. Es läßt sich sogar die vollständige Entstiegung der englischen Besitzungszone gefallen, während es vor Beginn der Besetzung Frankreichs vor einem solchen Schritt warnte, da sich leicht Unzulässigkeiten ergeben könnten.

### Demission Stambulinskis?

Der "Teut. Presse" meldet aus Sofia, daß das Kabinett Stambulinskis keine Demission eingereicht habe, und daß die Lage in Sofia ernst sein soll.

## Deutsches Reich.

### Schwierigkeiten der deutschen Finanzpolitik.

Zu Berliner politischen Kreisen erhalten sich hartnäckig die Gerüchte, daß erneute Differenzen zwischen der Reichsregierung und der Leitung der Reichsbank bestehen. Die Regierung hat von der Reichsbank verlangt, daß diese zu Gunsten des Marktes investiere und hat ihr aufgetragen, 300 Millionen Goldmark aus dem Markt zu werfen, um diese Aktion durchzuführen. Der Vizepräsident der Reichsbank, Hoenstein, hat aber erklärt, daß diese ganze Aktion keinen dauernden Erfolg habe, und daß sie andererseits die leichte Währungsschwäche, die in dem Goldmarkbestand der Bant liege, beeinträchtige. Hoenstein befürchtet den völligen Zusammenbruch der Politik der Reichsbank und droht mit seinem Rücktritt, falls die Regierung auf ihrem Beilagen beharrte. Die Regierung soll aber von ihrem Vorhaben nicht absehen wollen, den Dollar auf einen Stand von 2500 Mark herabzudrücken und ihn einige Wochen so zu halten.

\* Ausgabe von 50000-Mark-Scheinen. Die Reichsbank beginnt 50000-Mark-Scheine in großer Zahl auszugeben, da das Bedürfnis nach großen Geldscheinen ins Ungemessene gestiegen ist.

\* Die Elbefahrten ab Hamburg wurden um 70 bis 75 Prozent erhöht, weil die Elbfahrt keine deutschen Kohlen mehr benötigt, sondern genötigt ist, ausschließlich englische Kohlen zu kaufen.

### Freistaat Danzig.

Die Verlobung meiner Tochter Henny mit dem Mühlenbesitzer Herrn Hugo Magdanz zeige ich an  
 Anna Tiemeyer, geb. Galla.  
 Henny Tiemeyer  
 Hugo Magdanz  
 Verlobte.  
 Usikowo Niemczkowo-Mühle  
 Fasching 1923.

### Frauenhilfe Szczecin-Scherpingen

Von R. Lohsch, Kreis Tczew, Dirichau, Sommerstellen.  
 Lehrgänge für ländliche Hauswirtschaft, Ge-

flügelzucht, Gartenbau.

Ausbildung zur geprüften Hausbeamten.

Angeöffnete Haushaltungsschule

für Mädchen mit Volksbildung.

Angenehmer Erholungsurlaub für Damen.

Unentzelt! Anfang ne

8. Gartenpraktikantur u. Gärtnerin.

Beginn der neuen Lehrgänge Ostern 23. (5837)

Auskunft, Schulpläne durch die Vorsteherin

Frl. Ingeborg v. Gyldefeldt

Für alle aus Polen auswandernden Deutschen werden

prompt besorgt durch

C. B., Express<sup>1</sup>, Bydgoszcz,

Jagiellonska 70

Zweigbüro Schneidemühl: Bielarska 16, Bielarska 17.

### Hackmaschinen

System „Woolnough“  
 (wie von Deyne gebaut)

für Getreide u. Rüben

lieiert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Preisen — deßgl. Hackmesser

Woldemar Günter,  
 Landw. Maschinen und Betriebsmittel,

Jette und Dole

Poznań, ul. Szw. Wielkopolskiej 6. — Tel. 52-25

Zur gefälligen Beachtung:

Polnische Lesebuch für deutsche Schulen

### Wesoły Początek

von H. Sennell

liest von jetzt an:

2500 Mr. exkl. Portos und Verbaums. des Std.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt

T. A.

Poznań, ul. Zwierzyniecka (fr. Tiergartenstr.) 6.

Fischotterfelle bis 700000  
 Wårderfelle bis 550000  
 Fuchsijelle bis 210000  
 Hasenfelle . . . . . bis 10500  
 Röschwanzhäute . . . . . bis 11000  
 je nach Qualität werden Preise gezahlt.

### Schafwolle

Zusche und gebe für 3½ Pfund Schafwolle 1 Pf. gute ausländ. Strickwolle. Fellgeschäft Poznań, zw. Marcin 34.

Privatvorführung: ulica Starowa 14, Keller.

Ausschneiden!  
 Ausschneiden!

### Postbestellung.

In das Postamt

Unterzeichnet bestellt hiermit  
 1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
 für den Monat Februar 1923  
 Name .....  
 Wohnort .....  
 Postleitzahl .....  
 Straße .....

# Der Neue Brockhaus

Sommer des Wilhelms in 6 Großvolumen.  
 Das erste und einzige gründliche  
 Lexikon der Welt seit Griechenland.  
 Untertitel des gesamten Werkes ist: „Griechenland.“

Über 2000 zweibändig. Teilstücke  
 10000 Seiten mit insgesamt etwa

7000 Bildern. Kosten ca. 1000 Zl.

Neubildung und Neugestaltung des Brockhaus' ist 25000 Seiten groß, in halb

präzision geb. 14000 Reichsmark. ab 3. Auflage vorausgesetzt. im

Welt dieses 3. Band wird der 4. Band vorausgesetzt. Die Herstellung  
 dieser Länge erfolgt zu den jeweils nach folgenden Preisen.

Über das vierte Jahr: ... seitlich 100 Rubel der Ausgabe 10000 Seiten

alles. Was er braucht, auch das hat er nicht, wird er der Reihe ein

bedeutender Vorzug, falls zurück...“ Einzelne Lieferung, z. B. zu

Deutschverbindung kostet, 12 angehende Beilegung erforderlich.

Einige antiquarische edelsteine Gelegenheitsexemplare Band 1 und 2 pro Band

in Goldleinen 23000 Reichsmark, in Halbvergarnitur 32000 Reichsmark.

Die Beilegung nach dem Ausgabe ist als eingelobt oder ausgedehnt (Vor- und Vertragung pro

Band 1000.— Reichsmark) gegen Voreinkauf des 3. Bandes einer einfachen per Bandpreis.

Bei Beilegung ist die ganze Ausgabe Bezug zu nehmen.

Buchhandlung Karl Böck, Berlin SW 68, Kochstr. 9. Verkaufsstelle Dresden West Berlin

Wiederholung gest. 1

1. Auflage 1921, 2. Auflage 1923, 3. Auflage 1925.

2. Auflage 1926, 3. Auflage 1928, 4. Auflage 1930.

5. Auflage 1932, 6. Auflage 1934.

7. Auflage 1936, 8. Auflage 1938.

8. Auflage 1940, 9. Auflage 1942.

9. Auflage 1944, 10. Auflage 1946.

11. Auflage 1948, 12. Auflage 1950.

13. Auflage 1952, 14. Auflage 1954.

15. Auflage 1956, 16. Auflage 1958.

17. Auflage 1960, 18. Auflage 1962.

19. Auflage 1964, 20. Auflage 1966.

21. Auflage 1968, 22. Auflage 1970.

23. Auflage 1972, 24. Auflage 1974.

25. Auflage 1976, 26. Auflage 1978.

27. Auflage 1980, 28. Auflage 1982.

29. Auflage 1984, 30. Auflage 1986.

31. Auflage 1988, 32. Auflage 1990.

33. Auflage 1992, 34. Auflage 1994.

35. Auflage 1996, 36. Auflage 1998.

37. Auflage 2000, 38. Auflage 2002.

39. Auflage 2004, 40. Auflage 2006.

41. Auflage 2008, 42. Auflage 2010.

43. Auflage 2012, 44. Auflage 2014.

45. Auflage 2016, 46. Auflage 2018.

47. Auflage 2020, 48. Auflage 2022.

49. Auflage 2024, 50. Auflage 2026.

51. Auflage 2028, 52. Auflage 2030.

53. Auflage 2032, 54. Auflage 2034.

55. Auflage 2036, 56. Auflage 2038.

57. Auflage 2040, 58. Auflage 2042.

59. Auflage 2044, 60. Auflage 2046.

61. Auflage 2048, 62. Auflage 2050.

63. Auflage 2052, 64. Auflage 2054.

65. Auflage 2056, 66. Auflage 2058.

67. Auflage 2060, 68. Auflage 2062.

69. Auflage 2064, 70. Auflage 2066.

71. Auflage 2068, 72. Auflage 2070.

73. Auflage 2072, 74. Auflage 2074.

75. Auflage 2076, 76. Auflage 2078.

77. Auflage 2080, 78. Auflage 2082.

79. Auflage 2084, 80. Auflage 2086.

81. Auflage 2088, 82. Auflage 2090.

83. Auflage 2092, 84. Auflage 2094.

85. Auflage 2096, 86. Auflage 2098.

87. Auflage 2000, 88. Auflage 2002.

89. Auflage 2004, 90. Auflage 2006.

91. Auflage 2008, 92. Auflage 2010.

93. Auflage 2012, 94. Auflage 2014.

95. Auflage 2016, 96. Auflage 2018.

97. Auflage 2020, 98. Auflage 2022.

99. Auflage 2024, 100. Auflage 2026.

101. Auflage 2028, 102. Auflage 2030.

103. Auflage 2032, 104. Auflage 2034.

105. Auflage 2036, 106. Auflage 2038.

107. Auflage 2040, 108. Auflage 2042.

109. Auflage 2044, 110. Auflage 2046.

111. Auflage 2048, 112. Auflage 2050.

113. Auflage 2052, 114. Auflage 2054.

115. Auflage 2056, 116. Auflage 2058.

117. Auflage 2060, 118. Auflage 2062.

119. Auflage 2064, 120. Auflage 2066.

121. Auflage 2068, 122. Auflage 2070.

123. Auflage 2072, 124. Auflage 2074.

125. Auflage 2076, 126. Auflage 2078.

127. Auflage 2080, 128. Auflage 2082.

129. Auflage 2084, 130. Auflage 2086.

131. Auflage 2088, 132. Auflage 2090.

133. Auflage 2092, 134. Auflage 2094.

135. Auflage 2096, 136. Auflage 2098.

137. Auflage 2000, 138. Auflage 2002.

139. Auflage 2004, 140. Auflage 2006.

141. Auflage 2008, 142. Auflage 2010.

143. Auflage 2012, 144. Auflage 2014.

145. Auflage 2016, 146. Auflage 2018.

147. Auflage 2020, 148. Auflage 2022.

149. Auflage 2024, 150. Auflage 2026.

151. Auflage 2028, 152. Auflage 20

## Lokal- u. Provinzialzeitung

Vor dem 12. Februar.

## Hausbesitzer und Mieter.

Die Wohngesetze bringt es mit sich, daß der Hausbesitzer selbst oft nicht Herr im Hause ist und über die Wohnungen in seinem Hause nicht verfügen darf. Vom Hausbesitzer versucht nun, durch irgendeine List sich vor unliebsamen Mieter zu befreien, und macht sich oft dadurch strafbar. Als Warnung möglicher folgender Fall dienen, der sich in Lodz abgespielt hat. Darüber berichten Lodzer Blätter: Um seinen Mieter loszuwerden, verfiel ein Lodzer Hausbesitzer auf folgende List. Er forderte seinen Mieter notariell auf, die Wohnung zu räumen, da der in ihr aufgetretene Pilz vertilgt werden müsse. Dener erklärte sich damit einverstanden und räumte eins der Zimmer. Der Hausbesitzer wandelte dies Zimmer sofort in einen Keller und Treppenraum um. Der Mieter verklagte ihn beim Friedensgericht, das den Hausbesitzer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilte.

## Vom Mieterschutz.

Der Zentralverband der Mieterschutzvereine veröffentlicht folgendes:

Angesichts dessen, daß Hausbesitzer ihre Mieter immer bringen zu „freiwilligen“ Verabredungen veranlassen und dabei zu wahrheitswidrigen Behauptungen ihre Zuflucht nehmen, z. B. das Gesetz über den Mieterschutz sei bereits seit Neujahr d. J. aufgehoben oder, die Novelle zu diesem Gesche, die durch die Rechtskommission des früheren Sejm bearbeitet wurde, habe bereits bindende Gültigkeit, und mit Rücksicht darauf, daß es solche Hauswirte (mit ihren Beweisen) gibt, die in Circularn von ihren Mietern je 5000 für einen vorlängigen Nutzen verlangen, mit dem Bemerkung, daß dies zwischen dem Hausbesitzer und dem Mieterbund (1) vereinbart worden sei, sieht sich die Zentrale der Mietervereine der Republik Polen gezwungen, folgendes den Mietern und Mietermietern zur Kenntnis zu bringen: 1. Das Gesetz betr. den Mieterschutz vom 18. Dezember 1920 hat seine Rechtswirkung bisher nicht verloren, und es sind an diesem Gesetz noch keinerlei Änderungen vorgenommen. 2. Art. 9 dieses Gesetzes besagt, daß alle zwischen Hausbesitzern und Mietermietern geschlossenen Vereinbarungen ungültig sind, und daß daher bereits abgeschlossene Verträge für beide Seiten keine bindende Gültigkeit haben. 3. Keine Mietervereinigungen haben mit Hausbesitzervereinen Verträge abgeschlossen, die übrigens gemäß § 9 des Mieterschutzgesetzes ja auch ungültig wären. 4. Es muß deshalb vor dem Abschluß jener „freien Verträge“ unter Pressionen oder Drohungen der Hauswirte gewarnt werden, und zwar deshalb, weil die Hausbesitzer auf Grund vollzogener Tatsachen diese „freien Vereinbarungen“, deren Nichtinhaltung Ermittlungen nach sich ziehen würde, im Sejm forcieren könnten. Der Vorstand der Hauptzentrale der Mieterschutzvereine in der Republik Polen. Dr. A. Buchholz, Vorsitzender; Paweł Łatowicz, Schriftführer.

## Bevorstehende Erhöhung der Eisenbahnhafpreise.

Der „Przegląd Wieczorny“ meldet, daß das Eisenbahnmuseum am 1. März eine 100prozentige Erhöhung des Eisenbahntariffs in Kraft treten lassen will.

## Statistisches aus der Stadt Posen.

Die Einwohnerzahl der Stadt Posen betrug am 31. Dezember 1922, wie aus dem Dezemberbericht des Statistischen Amtes der Stadt Posen hervorgeht, 178 189 Seelen. Im Laufe des Dezembers hat sich die Einwohnerzahl um 516 vermehrt, um 245 durch Geburtenüberschuss und um 271 durch Zugewandertüberschuss. Aus der Abteilung der Auswanderungsbewegung ersicht man, daß 162 Personen nach dem Ausland ausgewandert sind, während nur 102 zuwanderten. Aus dem ehem. russischen Teilgebiet sind im Dezember 143 Personen, aus dem ehem. österreichischen Teilgebiet 62 Personen zugewandert. Abgewandert sind nach den genannten Gebieten 62 bzw. 22 Personen.

Chen wurden im Dezember insgesamt 92 geschlossen, und zwar 86 rein katholische, 5 rein evangelische und 1 Mischohe. (Ein Katholik nahm sich eine evangelische Frau.) Jüdische Chen wurden gar nicht geschlossen. Der Nationalität nach traten 86 Polen, 87 Polinnen und 11 Deutsche (davon 6 Männer) in den Ehestand. 85 polnischen Nationalen stehen 4 deutsche gegenüber. 8 Mischchen wurden eingegangen. 2 deutsche Männer nahmen sich Polinnen, eine Deutsche einen Polen. Dem Alter nach liegen sich

9 junge Frauen im Alter von noch nicht 20 Jahren im Dezember die Eheschließung anlegen. Von den Männern heiraten leider unter 20 Jahren. 4 Chen kamen unter Witwe und Witwer zu stande.

Lebend geburten wurden im Dezember 502 verzeichnet, davon 85 uneheliche. Es kamen 244 Knaben und 258 Mädchen lebend zur Welt. 408 eheliche Kinder wurden von polnischen Eltern, 6 von deutschen Eltern erzeugt. 21 Tochtergeburten kamen im Dezember vor.

Todesfälle wurden 257 angemeldet. Es starben 241 Polen und 16 Deutsche. 92 Kinder starben unter 15 Jahren. Im Alter von mehr als 15 Jahren starben 165 Personen, davon 81 männlichen und 84 weiblichen Geschlechts. Die höchste Sterblichkeitsziffer weist das Alter von 5 bis 15 Jahren auf (80). Die nächst niedrigere Ziffer lesen wir beim Alter von mehr als 70 Jahren ab, nämlich 38.

## Fasching.

Morgen ist Faschingsdienstag. Mit diesem Tage beginnt in der katholischen Kirche die Zeit der öffentlichen Fasten. Da das Osterfest diesmal auf den 1. April, das heißt also auf einen ungewöhnlich frühen Termin fällt, ist auch der davon abhängige Faschingsdienstag sehr früh. Der Name Fasching lautet in der Schweiz, in Schwaben, im Elsaß und in Thüringen richtig Faschnacht (Fasnacht, Fasenacht, vom alten Zeitwort fasen = faseln), und ist schon in der älteren deutschen Sprache der Name des dem Aschermittwoch vorangehenden Tages. Um sich für die Entbehrungen der Fastenzeit, wodurch auf volksetymologischem Wege Fasching entstanden ist, schadlos zu halten, beginnt man seit frühestem Zeit die Fasching mit Gelegen, Faschingsschlägen, Fossen, Faschingsspielen, Tänzen, Maskeraden usw., woraus sich allmählich der Karneval („Fasching“ vom Fleischessen) oder Fasching herausbildete. Die Sitte geht in die altsächsischen heidnische Zeit zurück, in der man das Fest der wiedergekehrten Natur feierte. Hiermit hängt es zusammen, daß in vielen Gegenden die Zeit der Fasching noch heute als heilig gilt; besonders für den Flachs, das Gefügel und den häuslichen Wohlstand ist sie von Bedeutung. Gewisse Gerichte müssen an diesem Tage gegessen werden, vor allem Hirse. Gewisse Verrichtungen müssen vermieden werden; so darf man nicht aufs Feld gehen, nicht spinnen; die Hausfrau darf nicht zum Brunnen gehen. Dagegen soll gelangt und Bier getrunken werden. Träume in der Fasching gehen nach dem Volksglauben ebenso in Erfüllung wie die Träume der heiligen Zwölfe Nächte.

## Wiederum die deutsche Altershilfe.

Das deutsche Wohlfahrtsamt schreibt:

Die reichlichen Spenden, die um die Weihachtszeit von gebeugenden Händen in die Heime und die Häuser unserer armen alten Leute gebracht worden sind, sind nahezu aufgezehrt, und der Winter steht nun erst mit aller Macht einzutreten. Deshalb richten wir erneut die herzliche Bitte an alle Kreise, für die Altershilfe zu sammeln! Wie jeder dazu helfen, die Sorge, die in diesen wirtschaftlich immer schwerer werden Zeiten die alten Leute bedrängt, zu mildern. Möge jeder, der noch im Erwerbsleben steht und den Kampf ums Dasein mit frischen Kräften aufzunehmen kann, die Verpflichtung fühlen, da Alten, die vielfach den wirtschaftlichen Forderungen unserer Tage hilflos gegenüberstehen, das Leben zu erleichtern. Neben Gaben an Geld, sind auch nach wie vor Lebensmittel besonders willkommen, denn es ist dem Wohlfahrtsamt gemeldet worden, daß ein großes Altersheim in Posen seinen Kartoffelvorrat erschöpft hat, was alle Beteiligten mit großer Sorge erfüllt.

## Schrebergarten-Arbeiten im Februar.

Sofern die Witterung es zuläßt, wird mit dem Auspusten und Bescheiden der Obstbäume und Sträucher fortgeschritten. Die Beerensträucher machen den Anfang. Abgetragenes Holz wird weggeschnitten, einsährige Triebe je nach Busch eingeknotet. Stielinge können geschnitten werden. Man schlägt die etwa 20 Zentimeter langen Triebe bis zur Frühjahrsplanzung an schärfster Stelle in Sand oder lockere Erde ein. Um schneller zum Ziele, also zu tragbaren Büschen zu kommen, macht man Ableger. Um den Busch macht man einen 20 bis 25 Zentimeter tiefen Graben, legt die abzulegenden Zweige hindurch, bestückt sie an der Sohle des Grabens mit einem Haufen und füllt den Graben mit guter Komposterde. Im Laufe des Sommers bewurzeln sich die abgelegten Zweige und können dann im Herbst von der Mutterpflanze abgetrennt und als selbständige Pflanzen verwendet werden. Die gleiche Vermehrungsweise läßt sich auch bei der Quitten und dem Haselstrauch mit Erfolg anwenden. Beim Auslichten und Auspusten ist darauf zu achten, daß Licht und Luft ins Innere des Baumes gelangen können. Zu dicht stehendes Holz ist darum zu entfernen, ebenso alle sich

sah, und es mußte mit bald aufallen, daß dieses Volksfest, wie ein anderes wiederkehrendes Leben und Weben, seinen entschiedenen Verlauf hatte. Dadurch ward ich nun mit dem Getümme vertraut, ich sah es an als ein anderes bedeutendes Naturereignis und Nationalereignis, ich interessierte mich dafür in diesem Sinne, bemerkte genau den Gang der Vorzeichen, und wie das alles doch in einer gewissen Form und Schönheit abließ. Hierauf notierte ich mit die einzelnen VorKommissionen der Reihe nach, welche Vorarbeit ich später zu dem in der „Italienischen Reise“ eingehaltenen Aufsatz benützte, bat auch zugleich unseren Hausgenossen Georg Schütz, die einzelnen Masken flüchtig zu zeichnen und zu kolorieren, welches er mit seiner gewohnten Geschäftigkeit durchführte.“ Dieser Bericht Goethes über den Römischen Karneval (1787) liegt mit seinen Annalen über die „Italienische Reise“ in den Werken vor. Auch wurden nach Goethes Entwürfen Masken und Gruppen gezeichnet und hiervon Radierungen angefertigt, die der erste Sonderausgabe von Goethes Römischem Karneval (1789) beigegeben waren. Vergleiche hierüber auch den neuverd. im Amalthea-Verlag, Wien, erschienenen Faksimile-Nachdruck „Taschenbuch der alten und neuen Masken, Frankfurt 1787“, enthaltend u. a. Goethes Römischem Karneval mit den interessanten Radierungen, und das die Geschichte der genannten Schrift eingehend erörternde Nachwort von Dr. Rudolf Beyer von Thurn. Ubrigens hat Erich Schmidt im 14. Band der Taschenbuchausgabe der Werke Goethes nachgewiesen, daß das Römische Karneval eine der zwei Hauptquellen für den Mummerschlag am Kaiserhofe im ersten Akt des zweiten Teiles des Faust gebildet hat.

Aus dem Aufsatz „Das römische Karneval“ von Goethe, den man in den Schriften von Italien findet, und der sehr farbig und anschaulich das ganze Treiben des Karnevals schildert, soll hier einiges hergehoben werden. Goethe berichtet, daß der Karneval ein Fest sei, das dem Volk eigentlich nicht gegeben wird, sondern das sich das Volk selbst nehme. Das kennzeichnende Moment ist der Schauspiel der Szene und das Arrangement des täglichen Festverlaufs. Dieser Schauspiel ist der Corso in Rom. Die Art dieser Straße, die den Namen, wie häufig lange Straßen in italienischen Städten, von den Bettwagen der Pferde führt, bestimmt die Feierlichkeit. „Die Straße geht vor der Piazza del Popolo schlangerade bis an den venezianischen Palast. Sie ist ungefähr vierthalbtausend Schritte lang und von hohen, meistenteils prächtigen Gebäuden eingefasst. Ihre Breite ist gegen ihre Länge und gegen die Höhe der Gebäude nicht verhältnismäßig. An beiden Seiten nehmen Plastererhöhungen für die Fußgänger ungefähr sechs bis acht Fuß weg. In der Mitte bleibt für die Wagen an den meisten Orten nur der Raum von zwölf bis vierzehn Schritten, und man sieht also leicht, daß höchstens drei Fuhrwerke sich in dieser Breite nebeneinander bewegen können. Der Übelstand auf der Piazza del Popolo ist im Karneval die unterste Grenze dieser Straße, der venezianische Palast die obere.“

Goethe schildert dann anschaulich die Vorbereitungen zum Fest. Alle Balkone, alle Fenster werden nach und nach mit Tap-

pern behängt; auf den Plastererhöhungen zu beiden Seiten der Straße werden Säule herausgesetzt; die geringeren Hausbewohner, alle Kinder sind auf der Straße, die nun aufhört, eine Straße zu sein; sie gleicht vielmehr einem großen Festsaal, einer ungeheuren ausgeschmückten Galerie. Unterdessen wird der Corso immer belebt. Einzelne Masken, hier und da ein Bulbinell erscheinen, die päpstliche Wache in glänzenden Monturen zieht auf, junge Männer als Weiber verkleidet, mit frechem Aufstreben erscheinen; Frauen und Mädchen in Mannskleidern — Goethe beschreibt die einzelnen Masken sehr genau — Advokaten, die mit Prozessen drohen, treten auf und sogenannte Quaquei, Masken in altfranzösischen Kleidungsstücken, — sie tragen brokatene oder gestickte Westen, und der Natur nach muß der Quaqueo dielebig sein; seine Gesichtsmaske ist ganz mit Pausbäden und kleinen Augen; seine Perücke hat wunderliche Böppliden; sein Hut ist klein und meistens bordiert. Man sieht, daß sich diese Figur sehr dem Buffo caricaio der komischen Oper nähert, und wie dieser meistenteils einen läppischen, verleierten, betrogenen Look vorstellt, so zeigen sich auch diese als abgeschmackte Stuben. Sie hüpfen mit großer Leichtigkeit auf den Beinen hin und her, führen große schwärzende Ringe ohne Glas statt der Vorgnetten, womit sie in alle Wagen hineingehen, nach allen Fenstern hinaufschauen. Sie machen gewöhnlich einen tiefen, steilen Rücken, und ihre Freude, besonders wenn sie sich einander begegnen, geben sie dadurch zu erkennen, daß sie mit gleichen Füßen mehrmals gerade in die Höhe hüpfen und einen hellen, durchdringenden, unartikulierten Laut von sich geben, der mit den Konsonanten der verbunden ist. Man mag diese Maskenschilderungen in Goethes Bericht selbst nachlesen. Charakteristisch ist das gewaltige Gedränge und der Lärm, mit dem sich die ausgelassene Menge zwischen zwei Reihen festlich geschmückter Galerien an den Galerien vorbei über den Corso schleift, während ristisch ist die doppelte Reihe von langsam dahinschaffenden Galawagen, ferner sind kennzeichnend die Konfettischlächer (mit Gips statt Zuckerlörern), die oft mit Scherzen in den Ernst übergehen, die Ausstellung der „Schönen Welt am Balust Rupoli“. Das Fest, das seinen Höhepunkt am Tage vor Aschermittwoch erreicht und mit Pferderennen und Tanzen jeden Tag verläuft, schildert Goethe mit liebevoller Sorgfalt bis zum Schlusse, auch einzelne rohe Späße. Immer wieder kommt er auf die Szene, auf die lange, von Menschen, Leppiken, Farben, am Abend von Lichtern und Lampen, von Lärm und Musik erfüllte Straßen des Corso zurück und beendet zum Schlusse: „Noch mehr erinnert uns die schmale, lange, gedrängt volle Straße an die Wege des Weltlebens, wo jeder Passanter und Teilnehmer mit freiem Gesicht oder unter der Maske, vom Balkon oder vom Gerüst, nur einen geringen Raum vor und neben sich übersieht, in der Masse oder zu Fuß nur Schritt für Schritt vorwärts kommt, mehr geschoben wird als geht, mehr aufgehoben wird als willig steht, nur eifriger dahin zu gelangen sucht, wo es besser und froher zugeht, und dann auch da wieder in die Enge kommt und zuletzt verdrängt wird.“ So leitet Goethe selbst mit diesen nachdenklichen Worten in die nun folgende Aschermittwochsstimmung hinein.

Im Gemüsegarten kann schon bei günstiger Witterung und günstiger Lage die erste Aussaat gemacht werden. In erster Linie gehören hierbei solche Samen, die lange Zeit zum Keimen gebrauchen, wie Petersilie, Möhren, auch Spinat und Schwarzwurzeln können ausgesät werden. Tritt wieder härterer Frost ein, so sind die Beete leicht zu decken. Wer recht früh Saatplanzen benötigt, muß jetzt die Mistbeete herrichten. Wer nicht ganz ohne gärtnerische Erfahrungen ist und genügend Zeit zur Vorbereitung hat, tut gut, sich eins oder mehrere anzulegen, denn auch die jungen Saatplanzen werden die ungeheure Preissteigerung mitmachen müssen, so daß schon eine recht ansehnliche Summe dazu gehören wird, wenn man seine nötige Menge an Saatplanzen beim Gärtnerei löschen muss. Die Samen vorräte sind nachzusehen; wo es nötig erscheint, wird eine Reimporte gemacht. Nachzeit ist sind fehlende Sorten und Mengen zu bestellen, damit bei der später vorzunehmenden Aussaat keine Verzögerung eintrete. Auch berechne man die erforderlichen Mengen recht genau, da auch der Same sehr teuer werden wird, und zu viel gekaufte Samenreihen nur unnötige Verschwendungen bedeuten.

X Der Opferdag der Christuskirche für die demnächst einzuhaltenden Kriegs-Gedächtnistage, der am Sonntag, 4. Februar, veranstaltet wurde, hat eine Einnahme von rd. 88 000 Mark erbracht, ein gewiß schöner Beweis für den großen Opfergeist der ehemaligen Reichsdeutschen Gemeinde Posens. Trotz des schönen Ergebnisses des Opferdags fehlt immerhin noch rd. ein Drittel der Heiligtumsstiftungen der Corvin. Die kirchlichen Administrativen der Christuskirche sind nachzusehen, damit bei der später vorzunehmenden Aussaat keine Verzögerung eintrete. Auch berechne man die erforderlichen Mengen recht genau, da auch der Same sehr teuer werden wird, und zu viel gekaufte Samenreihen nur unnötige Verschwendungen bedeuten.

X Der Opferdag der Christuskirche für die demnächst einzuhaltenden Kriegs-Gedächtnistage, der am Sonntag, 4. Februar, veranstaltet wurde, hat eine Einnahme von rd. 88 000 Mark erbracht, ein gewiß schöner Beweis für den großen Opfergeist der ehemaligen evangelischen Gemeinde Posens. Trotz des schönen Ergebnisses des Opferdags fehlt immerhin noch rd. ein Drittel der Heiligtumsstiftungen der Corvin. Die kirchlichen Administrativen der Christuskirche sind nachzusehen, damit bei der später vorzunehmenden Aussaat keine Verzögerung eintrete. Auch berechne man die erforderlichen Mengen recht genau, da auch der Same sehr teuer werden wird, und zu viel gekaufte Samenreihen nur unnötige Verschwendungen bedeuten.

# Wichtig für alle ehemaligen deutschen Offizierspiranten. Im Zusammenhang mit der Verordnung des Ministeriums vom 14. September 1922 über Kontrollversammlungen, sowie der Verordnung des Kriegsministers vom 23. Dezember 1922 haben alle in den Jahren 1883 bis 1889 geborenen Männer (einschließlich derjenigen, die sich zur Registrierung stellen), welche den militärischen Rang von Offizierspiranten besitzen (in der früheren österreichischen Armee Kadetten-Aspiranten, in der früheren russischen Armee Junker) bis zum 1. März 1923 durch das zuständige Kreisergänzungskommando (B. A. II.) an das Kriegsministerium ein Gesuch mit der Bitte um Ernennung zum Leutnant des Reserve zu richten. Nur die Gesuche derjenigen Offizierspiranten werden berücksichtigt werden, die nachweisen können, daß sie folgenden Bedingungen entsprechen: 1. müssen sie mindestens ein Jahr aktiv im Heere gedient haben; 2. müssen sie den im Schluß über die Pflichten und Rechte der Offiziere des preußischen Heeres verlangten Bildungsgrad besitzen (mindestens 6 Klassen einer Mittelschule besucht haben); 3. müssen sie eine militärische Schule oder einen militärischen Kursus beendet, sowie eine entsprechende Prüfung abgelegt haben. Gesuche, die nach dem 1. März 1923 im Kreisergänzungskommando eingingen, werden nicht berücksichtigt.

X Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärungen. Der Finanzminister hat nach einer Meldung aus Wartha vom 7. d. Ms. die Frist für die Abgabe der Einkommen- und Vermögenssteuererklärungen durch die physischen Personen bis zum 30. März verlängert.

X Eine „einleuchtende Tatfrage“. Heute früh um 7 Uhr, als infolge des starken Wetterbumms schon seit etwa einer Stunde fast Tagesschleife herübt, brannten in der ul. Ogrodowa (fr. Gartenstr.), in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Mauerstr.) zw. Marcin (fr. St. Martinstr.) und am platz Wolności (fr. Wilhelmsplatz) noch sämtliche Straßenlaternen, während sie in anderen Straßen bereits um 5 Uhr auf gelöscht waren. Doch gegenwärtig die Laternen noch bei Taglicht brennen, halten vor dem Untergang des Unstantes, daß doch heut ein Kubikmeter Gas in Posen 700 Ml. kostet, für eine unverantwortliche Verschwendungen.

# Auszeichnungen für langjährige Dienste in der Landwirtschaft. Auf zahlreiche Anträge pommerellischer Arbeitgeber hin hat die Pommerellische Landwirtschaftsamtler beschlossen, Ehrenzeichen in Form von Medaillen, Brodchen, Diplomen und Kreuzen für langjährige Dienste in der Landwirtschaft auszugeben. Nach gebührliger Dienstzeit wird ein Diplom ausgestellt werden, nach zwanzigjähriger erhalten Männer eine Bronzemedaille, Frauen eine Brosche, nach dreißigjähriger werden Männer mit einer silbernen Medaille,

## Goethe und der römische Karneval.

Von Hans Benzmann.

Die mit Lustbarkeiten ausgestattete Zeit des Karnevals dauernte in Italien ursprünglich von den Heiligen drei Königen (6. Januar) bis zum Aschermittwoch, an dem die vierzigstags Feiern begannen. Später wurden jedoch nur die drei bis acht Tage vor dem Aschermittwoch für den Fasching freigegeben. Seit der Reformation wurden diese übermüttigten und oft frivolen Feiern in protestantischen Ländern überhaupt unterdrückt. In Süddeutschland aber wurde in der neueren Zeit der Fasching wieder mit Fests, Spielen und Tänzen gefeiert, ganz besonders in Köln, Düsseldorf, Mainz, Bonn, Würzburg. Auch in Italien ist der Karneval ein Volksfest geblieben. In älterer Zeit war besonders Benedikt berühmt durch den Glanz und die Pracht seines Karnevals. Später nahm Rom auch in dieser Beziehung die erste Stelle ein.

So war es auch schon zur Zeit Goethes, der das bunte und lärmende Treiben des römischen Karnevals zweimal auf sich hat wirken lassen. Das erste Mal im Februar 1787 ein halbes Jahr, nachdem er sich in der Frühe eines Septembertages des Jahres 1786 fluchtartig aus Karlsbad forgiert hatte, um in Italien sich selbst wiederzufinden. Das zweite Mal ein ganzes Jahr später, im Februar 1788, nachdem er Italien bis an die Süd Küste Siziliens durchwandert und Zeit genug gefunden hatte, sich mit dem italienischen Volksleben vertraut zu machen. Der Eindruck, den Goethe das erste Mal von den lärmenden, üppigen Festen hatte, war abstoßend und verwirrend: „Das Carneval wartet ich hier ab und gehe also etwa Aschermittwochen nach Neapel, schreibt er am 6. Januar 1787 an Frau von Stein. „Nun kommt das Carneval,“ heißt es in einem späteren Briefe vom 1. Februar, „das uns eine edle Woche und mehr räumen wird. Es sei drum, da man

